

16./III 1917

Die Frage der Reichsratseinberufung.

Ueber die Haltung des Christlichsozialen und des Deutschen Nationalverbandes zur Reichsratsfrage schreibt Abgeordneter Dr. Steinwender in der Grazer „Tagespost“: „Die deutschbürgerlichen Parteien, also die im Deutschen Nationalverbande vereinigten Parteien und die Christlichsozialen, haben schon vor langer Zeit einmütig die Forderung aufgestellt, daß der Reichsrat ehestens einberufen und daß die Vorbedingungen für die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses geschaffen werden. Unter dieser scheinbaren Einmütigkeit waren aber Widersprüche gebuddelt, die durch eine einheitliche Formel nicht beseitigt werden konnten. Dem größeren Teile der deutschen Abgeordneten war es in erster Linie um den Reichsrat zu tun, dem kleineren Teile um die Vorbedingungen, der größere Teil war geneigt, sich mit wenigen Vorbedingungen, gegebenenfalls mit der Geschäftsordnung allein zu begnügen, der kleinere Teil betrachtete den Reichsrat samt der neuen Geschäftsordnung nur als die Krönung eines großen Gebäudes von Verordnungen. In der letzten Zeit haben sich die Christlichsozialen ohne alle Einschränkungen für die ehefte Einberufung des Reichsrates, selbstverständlich unter der Geltung einer neuen Geschäftsordnung, ausgesprochen. Dabei befinden sie sich im Einklang mit den deutschen Sozialdemokraten, mit der Mehrzahl der Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes, mit den slowakischen Parteien und mit der vorwiegenden allgemeinen Meinung. So erscheint nicht nur das Zusammengehen der deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch der Bestand des Deutschen Nationalverbandes in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, sich auf einer mittleren Linie zusammenzufinden. So viel steht fest, daß aus vielen Gründen die Einberufung des Reichsrates unmöglich mehr lange hinausgeschoben werden kann. Daher darf an Vorbedingungen nicht zu viel verlangt werden, sonst wird der Reichsrat zusammentreten, ohne daß auch nur eine einzige von den Vorbedingungen erfüllt ist. Besser aber ist es jedenfalls, es werden einige sogenannte Vorbedingungen, und auch diese nur provisorisch in Sicherheit gebracht, als es geschieht gar nichts.“